

Wenn zufällig ausgeloste Bürger plötzlich mitbestimmen

In einer Region im Osten Belgiens wurden 50 von 76.000 Einwohnern ausgelost, um Politik zu machen. Das Ergebnis ist verblüffend.

Zwei Jahre lang hing der Anzug von Gerard Duyckaerts unbenutzt im Schrank. Duyckaerts hatte ihn für die Hochzeit seines Sohnes gekauft: grauer Stoff, eine Bundfalte – zu kostbar, um ihn im Alltag zu tragen. Der 70-Jährige lenkte früher Lastwagen durch Europa und schmolz Metall in einer Fabrik, und als er vor sieben Jahren in Rente ging, schien das Leben wenig bereitzuhalten, das einen Anzug erforderte. Bis zu einem Tag im Januar 2020.

Duyckaerts ist gerade von einer Schicht als Busfahrer zurückgekehrt, damit bessert er seine Rente auf. Er geht zum Briefkasten und findet darin ein Schreiben, das ihn verändern wird.

»Lieber Mitbürger, das Parlament hat Sie ausgelost.« Er, Duyckaerts, solle Mitglied einer Bürgerversammlung werden. Er könne dann »direkten Einfluss auf die ostbelgische Politik nehmen«.

50 von 76.000 Einwohnern wurde ausgelost, um mitzubestimmen, wofür Geld ausgegeben wird

Duyckaerts, ein Wesen, so ehrlich und direkt, dass man es mit Schrofheit verwechseln könnte, hält das Schreiben für einen Scherz. Er hat als 15-Jähriger die Schule abgebrochen, er liest keine Zeitung und sieht nur selten fern. Er soll über Politik entscheiden?

Was Duyckaerts nicht weiß: In Ostbelgien, seiner Heimatregion, startet damals ein weltweit einzigartiges Experiment in direkter Demokratie. Das lokale Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, zuständig für rund 76.000 Einwohner, hat beschlossen, Gesetze nicht mehr nur von Politikerinnen und Politikern entwerfen zu lassen, sondern von Bürgern. 50 von ihnen wurden ausgelost. Sie sollen mitbestimmen, wofür Geld ausgegeben wird, was die Menschen in der Gegend brauchen. Das Projekt heißt »Bürgerdialog in Ostbelgien«.

In vielen Ländern experimentieren Gemeinden seit Jahren damit, Bürger an politischen Prozessen zu beteiligen. In Kanada berieten Einwohner 2004 über eine Reform des Wahlsystems. In Island empfahlen sie 2012 eine neue Verfassung. In Irland debattierte eine Bürgerversammlung 2014 über eines der kontroversesten Themen des mehrheitlich katholischen Landes: die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Doch das sind Ausnahmen. Die Treffen finden ein- oder zweimal statt und können von der Politik angesetzt werden oder eben nicht. Die Deutschsprachige Gemeinschaft in Ostbelgien ging einen Schritt weiter.

Seit Februar 2019 können die Bewohner jederzeit eine Bürgerversammlung einberufen, zu einem Thema ihrer Wahl. Und wenn sie darüber beraten haben, muss die Politik sie anhören. Zwar sind die Beschlüsse der Bürger nicht bindend. Aber wenn die Parlamentarier sie nicht befolgen, schulden sie dem Volk eine Erklärung. Das System bedeutet mehr Arbeit für alle: für die Bewohner, die sich an ihren freien Samstagen mit Gesetzbüchern und Paragrafen herumschlagen müssen. Und für die Politiker, die ihre Entscheidungen vor Laien rechtfertigen müssen. Kann das funktionieren?

Dass von allen Menschen, die in Ostbelgien leben, das Los ausgerechnet auf Gerard Duyckaerts fällt, ist Zufall. Er erinnert sich, wie er den Brief in der Hand hält und sich fragt: Was ist das nun schon wieder? Er legt ihn weg.

Kelmis, wo er wohnt, ist eine kleine Gemeinde, etwa 11.000 Einwohner, Fachwerk, eine Burg aus dem 13. Jahrhundert. Duyckaerts ist in der Gegend geboren, er kennt den Bürgermeister persönlich. Als Duyckaerts ihn kurze Zeit später zufällig trifft, erzählt er ihm von dem Brief. Der Bürgermeister sagt: Geh da mal hin. Und er erklärt ihm, was der Rentner in dem langen Schreiben nicht verstanden hat: dass gewöhnliche Bürger politische Entscheidungen treffen sollen.

Politik war immer etwas, das Gerard Duyckaerts passierte, ohne dass er verstand, warum. Wenn er früher mit seinem Lastwagen nach Sofia oder Budapest fuhr, wartete er oft stundenlang an der Grenze, bis ihn die Beamten hineinließen. Die Regeln, die Politiker für die Einreise beschlossen hatten, erfuhr er nicht aus der Zeitung, sondern von anderen Fahrern. »Mundpropaganda«, sagt Duyckaerts. Wer gerade an der Macht war oder wie sich das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent verschob, bekam er selten mit.

Wählen musste er trotzdem, in Belgien ist das Pflicht. Jeder muss seine Stimme abgeben, es sei denn, man ist krank oder im Ausland. Früher stimmte Duyckaerts für die Sozialisten, genau wie sein Vater, ein Grubenarbeiter. Doch mit der Zeit wurde ihm mulmiger dabei.

Duyckaerts sah in den Nachrichten, dass einige Politiker Ämter an Parteiliebhaber gaben oder Gelder veruntreuten und dass Belgien, ein Staat mit offiziell drei Sprachen und vielen Identitäten, es einmal 540 Tage lang nicht schaffte, eine Regierung zu bilden. Also wählte Duyckaerts in den vergangenen Jahren die »Extremen«, wie er sie nennt – welche Partei genau, mag er nicht sagen. Er wählte sie ja nicht, weil er sie gut fand. Sondern weil er nicht wollte, dass die großen Parteien seine Stimme bekamen.

Als ihn die Einladung zur Bürgerversammlung erreicht, hält Gerard Duyckaerts Politiker für korrupt und selbstgefällig. Und nun soll er selbst Politik machen?

Aber er hat als Rentner auch wenig anderes zu tun. Und ein bisschen fühlt er sich bei der Ehre gepackt. »Immer nur motzen, das ist nicht gut«, habe er gedacht. Und: »Gehste mal gucken, was da passiert.«

Am 7. März 2020, einem Samstag, holt Duyckaerts den Anzug aus dem Schrank und fährt die rund 15 Kilometer von Kelmis nach Eupen, in die Hauptstadt der deutschsprachigen Gemeinschaft. Ostbelgien funktioniert ähnlich wie ein Bundesland und hat ein eigenes Parlament, das Gesetze erlassen kann. Um kurz vor halb neun betritt Duyckaerts den Bau aus Granit.

Die Teilnehmer der Bürgerversammlung sind zwar zufällig ausgelost, aber doch nicht ganz: Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen, Jungen und Alten, Reichen und Armen entspricht etwa der Verteilung in Ostbelgien. Das Bürgerparlament soll nicht nur für sich sprechen, sondern für alle Bewohner. Neben Duyckaerts, dem Rentner, sind unter anderem ein Ingenieur dabei, eine Finanzangestellte, eine Lehrerin und ein Maschinenbauer. Duyckaerts beunruhigen vor allem die Akademiker. Er erinnert sich, wie er damals dachte: Ich kann da nie mitreden.

Und dann auch noch das Thema! Die erste Bürgerversammlung soll darüber beraten, wie die Pflege von Alten und Kranken verbessert werden kann.

Duyckaerts hat als Teenager eine Ausbildung in Erster Hilfe abgeschlossen: Er schaut gern Autorennen und durfte als Ersthelfer an der Rennstrecke mithelfen. Aber Pflege? Was weiß er davon, außer dass einige Bekannte im Altenheim sind? Vier Samstage sind für den ersten »Bürgerdialog« angesetzt. Danach sollen Duyckaerts und die übrigen Bürger Vorschläge für das Parlament erarbeiten. Sie sollen Reformen anstoßen, die nicht nur sie, sondern Zehntausende Menschen betreffen.

Ist das nicht Wahnsinn?

Alexander Miesen hat die Frage oft gehört. Der 37-Jährige ist Senator in Ostbelgien und hat den »Bürgerdialog« zusammen mit Oliver Paasch, dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, angestoßen. »Ich verstehe die Skepsis«, sagt Miesen. »Aber wir reformieren ständig: das Gesundheitssystem, das Schulsystem, das Sozialsystem. Nur unser demokratisches System haben wir gelassen, wie es einmal auf Papier geschrieben wurde. Warum eigentlich?«

Viele Entscheidungen, sagt Miesen, seien inzwischen so komplex, dass sie in keine Pressemitteilung passten. Früher hatte der Politiker genug Zeit, seine Maßnahmen zu erklären. Heute müssen sich Leute wie er rund um die Uhr für Dinge rechtfertigen, die oft nicht einmal wahr sind.

Dank sozialer Netzwerke ist die gefühlte Distanz zwischen Volk und Volksvertretern so kurz wie nie. Trotzdem wird der Graben zwischen denen, die entscheiden, und denen, über die entschieden wird, immer tiefer. Wie viele Politiker bekommt auch Miesen Nachrichten voller Hass und Häme. Manchmal werde er für Sachen beschimpft, die entweder falsch seien oder grob verkürzt. »Fake News, oberflächlicher Mist«, sagt er.

Wie kann man Bürgern die Wut nehmen? Miesen versuchte es mit Informationsveranstaltungen, »aber da saßen immer dieselben Typen«. Den Großteil der Bevölkerung – die Enttäuschten, die Zweifelnden – erreichte er nicht.

Dann stieß er auf ein Buch des Autors David van Reybrouck, es trägt den Titel »Gegen Wahlen« und ist eine Mischung aus Forschungsarbeit und Pamphlet. Reybrouck fordert darin unter anderem, gewählte Politiker durch Laien zu ersetzen. Durch zufällig ausgeloste Bürger, so wie es vor rund 2500 Jahren in Athen erdacht worden war.

Miesen las, dass Bürgerparlamente, die gut geplant und begleitet werden, oft nicht nur wohlüberlegte Entscheidungen treffen, die dem Gemeinwohl dienen. Sie verändern auch die Teilnehmer.

Befragungen zeigen, dass Menschen, die bei einem Bürgerdialog mitmachten, anschließend stärker an die Demokratie glaubten. Dass sie mehr Verständnis für ihre politischen Gegner hatten – und manchmal sogar ihre Ansichten änderten. Ein Experiment aus den USA belegt, dass schon eine zweitägige Bürgerversammlung Menschen wandeln kann. Nach der Veranstaltung wurden die Teilnehmer befragt – und Linke wie Rechte waren politisch in die Mitte gerückt.

Miesen beauftragte Forscher damit, ein Modell für ein Bürgerparlament in Ostbelgien zu entwerfen. Und er schlug vor, die Politik zu verpflichten, auf die Empfehlungen der Bürger zu reagieren. »Wenn nichts umgesetzt wird, besteht die Gefahr, dass die Menschen frustriert werden«, sagt Miesen. Am 25. Februar 2019 beschloss das Parlament von Ostbelgien deshalb: Die Beteiligung der Bürger wird Gesetz.

Ja, es sei ein Risiko, Laien so viel Macht zu geben, sagt Miesen. »Aber wenn man es dadurch schafft, nur einen Teil der Wut in etwas Produktives umzuwandeln, ist schon viel gewonnen.«

Gerard Duyckaerts ist einer, der oft wütend war. Hinter dieser Wut steckte auch Unsicherheit. Das Gefühl, nicht mehr zu verstehen, wie die Dinge zusammenhängen und funktionieren.

Wenn Duyckaerts als junger Mann einen Job suchte, ging er bei einer Firma vorbei und fragte: Habt ihr Arbeit? So wurde er nach der Schule Schweißer und später Lastkraftfahrer. Heute dagegen, sagt er, brauche man für viele Jobs einen Hochschulabschluss. »Selbst als Straßenkehrer musst du studiert haben.« Schon den Beruf seines Sohnes kann der Rentner kaum mehr erklären. »So wie ich das verstanden habe, überprüft er Computerprogramme«, sagt Duyckaerts. Aber sicher sei er nicht.

Für Menschen wie ihn muss es sich anfühlen, als wäre ihr Leben, ihre Erfahrung nichts mehr wert. Als wären nur noch abgeschlossene Masterstudiengänge und Computerkenntnisse wichtig. Der einzige Moment, in dem seine Meinung angeblich zählt, ist, wenn er bei der Parlamentswahl alle fünf Jahre sein Kreuz setzen darf.

Doch nun ist er beim Bürgerdialog eingeladen. An einem Samstag im März sitzt Duyckaerts im hell erleuchteten Plenarsaal des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Vor ihm hängt die Flagge Belgiens, es gibt Kaffee und Begrüßungsworte. Politiker und Beamte sind zu dieser ersten Versammlung angereist, sogar ein Minister und der Parlamentspräsident. Duyckaerts versteht nicht alles, was sie in ihren Vorträgen und Reden sagen. Aber er merkt, dass sie Wert auf seine Meinung legen. Eigentlich wollte er nur kurz vorbeischaun und dann wieder verschwinden. Doch nun genießt er die Aufmerksamkeit. Er beschließt, wiederzukommen.

Er ist dabei, als Wochen später, unterbrochen von der Coronakrise, Experten den Teilnehmern des Bürgerdialogs erklären, wie die Pflege in Ostbelgien funktioniert. Es geht um Geldströme, um Zuständigkeiten und Ausbildungsmodelle. Duyckaerts schwirrt der Kopf. »Ich dachte nicht, dass das so kompliziert ist«, sagt er.

Aber er begreift, dass seine Anwesenheit nicht umsonst ist. Einmal schlagen Teilnehmer vor, Gymnasiasten im Krankenhaus zuschauen zu lassen: So sollen sie den Beruf des Pflegers kennenlernen. Duyckaerts nimmt seinen Mut

zusammen – und erhebt Einspruch. »Ich hab gesagt, das ist Quatsch. Welches Kind von zwölf Jahren guckt sich tagelang an, wie Pampers gewechselt werden?« Die Idee wird verworfen, so erinnert Duyckaerts sich.

»Wenn nur ein Vorschlag angenommen wird, dann habe ich schon etwas verändert.«

Die Sitzungstage machen ihn zwar nicht zum Experten. Aber zu einem Bürger, der neugieriger wird, aufgeschlossener. Einige Teilnehmer haben bei der nächsten Versammlung Papiere vor sich auf dem Tisch liegen: Infomaterial, das sie sich in ihrer Freizeit ausgedruckt haben. Beim Mittagessen diskutieren einige Männer und Frauen über Fachfragen: Wie war das mit diesem oder jenem Gesetz? Aus Menschen, die wütend auf Politiker waren, sind Bürger geworden, die sich mit politischen Details befassen.

Anders als beim Volksentscheid trifft hier niemand seine Wahl allein. Die Teilnehmer werden von Fachleuten beraten, ihnen werden Zusammenhänge erklärt. »Unsere Erfahrung ist, dass Menschen jeden Alters und Bildungsgrads genug lernen können, um eine kohärente Entscheidung zu treffen«, sagt der Politologe James Fishkin von der Stanford-Universität, der seit Jahrzehnten zu Bürgerdialogen forscht. »Und wenn sie ohnehin wählen dürfen – warum soll man sie dann nicht stärker an Sachfragen beteiligen?«

In den Debatten korrigiert sich die Gruppe in Ostbelgien gegenseitig. Teilnehmer machen einander auf Fehler und Widersprüche aufmerksam. Die Wut weicht dem Wissen: Die Gefühle, die manche in die Diskussion werfen, werden ausgesiebt, bis nur noch Argumente zurückbleiben.

»Es ist anstrengend«, sagt ein Teilnehmer am Ende eines Debattentages. »Aber Demokratie ist nun einmal anstrengend.«

Viermal trifft sich die Bürgerversammlung von Ostbelgien, dann stehen ihre Empfehlungen an die Politik fest. Die Teilnehmer fordern unter anderem eine bessere Kinderbetreuung für Pflegerinnen, die Einführung eines dualen Ausbildungssystems, eine App, die Patientendaten speichert. Nicht alles davon ist umsetzbar, das wissen sie selbst. »Aber wenn nur ein Vorschlag angenommen wird, war es schon gut«, sagt Gerard Duyckaerts. »Dann habe ich schon etwas verändert.«